

## MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

### 60. Ministerrat

#### 19. Mai 2021

1. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 5. Mai 2021, mit dem ein Beschluss vom 29. April 2021 betreffend „Regionalität und Transparenz durch Herkunftskennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung und bei verarbeiteten Lebensmitteln“ vorgelegt wird.
2. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 10. Mai 2021, mit dem ein Beschluss vom 7. Mai 2021 betreffend „Auswirkungen der COVID-19 Krise auf Familien; Familien und Alleinerziehende in der Pandemie; Familienhärtefonds; Benachteiligung von Alleinerziehenden; Weiterführung der Corona-Unterstützungsangebote für Familien“ vorgelegt wird.
3. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 10. Mai 2021, mit dem ein Beschluss vom 7. Mai 2021 betreffend „Gewalt in Familien“ vorgelegt wird.
4. Schreiben der Verbindungsstelle der Bundesländer vom 10. Mai 2021, mit dem ein Beschluss vom 7. Mai 2021 betreffend „Weiterentwicklung des Mutter-Kind-Passes bis zum 18. Lebensjahr“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 29. April 2021, mit dem eine Resolution vom 28. April 2021 betreffend „Wien ist und bleibt Regenbogenhauptstadt!“ vorgelegt wird.
6. Schreiben des Bürgermeisters von Villach vom 1. Mai 2021, mit dem eine Resolution vom 30. April 2021 betreffend „Refundierung von COVID-Testkosten“ vorgelegt wird.
7. Schreiben der Bürgermeisterin von Rankweil vom 6. Mai 2021, mit dem eine Resolution betreffend „Gemeindebeteiligung an menschlicher, gerechter und geordneter Verteilung von Geflüchteten“ vorgelegt wird.
8. Schreiben von zwei Gemeinden (Pinzgauer Bürgermeister\*innen-Konferenz, Villach), mit denen Resolutionen betreffend „Novellierung des Kommunalinvestitionsgesetzes; Fristerstreckung für Förderprogramm aus Krisenbewältigungsfonds“ vorgelegt wird.
9. Schreiben von vier Gemeinden (Neudorf, Kaprun, St. Martin a.d. Raab, Thörl), mit denen Resolutionen betreffend „Aktion 40.000 – Arbeitsplätze, Chancen, Zuversicht“ vorgelegt werden.
10. 347/E-BR/2021 vom 6. Mai 2021 betreffend „Ärztmangel bekämpfen“ (Wortlaut siehe Beilage).

# EntschlieÙung

## des Bundesrates vom 6. Mai 2021 betreffend Ärztemangel bekämpfen

### angenommen anlässlich der Debatte über die Erklärung der Bundesregierung

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird aufgefordert, umgehend Maßnahmen zu erarbeiten und dem Nationalrat sowie dem Bundesrat zur Beschlussfassung vorzulegen, die dem Ärztemangel entgegenwirken und die flächendeckende hausärztliche Sachleistungsversorgung durch Kassenvertragsärzt\*innen sicherstellt. Ein besonderes Augenmerk ist dabei auf folgende Punkte zu legen, die durch diese Maßnahmen sichergestellt sein müssen:

- die erhöhte Praxiserfahrung in der Ausbildung,
- Anreize für Medizinstudierende und Ärzt\*innen im Land zu bleiben und/oder Allgemeinmediziner\*in zu werden,
- Anreize zur Übernahme von Kassenverträgen (insbesondere der ÖGK)
- die Reduktion der Belastung von Ärzt\*innen durch Delegation von Aufgaben an andere Gesundheitsberufe,
- der raschere Ausbau der Primärversorgungseinheiten
- die Aufwertung von Ärzt\*innen in der Primärversorgung durch Ausbildungsverpflichtungen von Turnusärzt\*innen sowie
- die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu ermöglichen

Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert, jährlich die entscheidenden Kennzahlen (absolute Anzahl der Hausärzt\*innen, Kassenverträge, Verteilung nach Bundesländern und Auslastungsgrad) zu erheben und in einem Hausärzt\*innen-Report zu veröffentlichen sowie die Abdeckung durch hausärztliche Versorgung in einem Hausärzt\*innen-Atlas für ganz Österreich abzubilden.“